

NEWSLETTER

Unsere Meinung – Glaubt uns nichts, recherchiert alles selber!

1. Ausgabe März 2022

Der-Runde-Tisch.com



IST DER RECHTSSTAAT IN DER SACKGASSE?

Die Grundrechte stehen in einem Spannungsverhältnis zur Demokratie, als sie die Volkssouveränität begrenzen. Sie markieren die Grenze staatlicher Macht, auch wenn diese vom Volk ausgeht. Ursprünglich als Schutzrechte des Bürgers gegen den Regenten (König, Fürst) erkämpft, umfassen sie heute auch Teilhaberechte und soziale Rechte. Ohne Grundrechte ist Demokratie nicht vorstellbar.

Der Rechtsstaat stellt den radikalen Gegensatz zum Polizei- und Willkürstaat dar. Dort lebt der einzelne, ständig von "oben" überwacht, unter der steten Drohung des plötzlichen Zugriffs durch den allgegenwärtigen Apparat der Staatssicherheit. Wer das Missfallen der Machthaber erregt, dem droht Verhaftung oder Schikane, Verlust des Arbeitsplatzes oder Verbringung in Sicherheitsverwahrung.

Demokratie als Herrschaftsform

Geht man davon aus, dass Demokratie nicht Abschaffung von Herrschaft, sondern Legitimation der Staatsgewalt durch das Volk ist, so sind Grundrechte auch in dieser Form der Herrschaft von Menschen über Menschen zunächst Abwehrrechte, da selbst vom Volk legitimierte Gewalt missbraucht werden kann. Da auch eine rechtmäßig eingesetzte Regierung oder Verwaltung Unrecht begehen kann, bleibt der Bürger potentiell schutzbedürftig.

Der Staat schafft Gesetze durch demokratische Abstimmungen in seinem Parlament. Dennoch sind die Bürger nicht grundsätzlich davor geschützt, dass eine Regierung und das Parlament solche Gesetze beschließen, die ihnen Sinnvoll erscheinen und auch staatlichen Interessen dienen. Das bedeutet aber keinesfalls, dass solche Gesetze auch im Interesse der Bürger stehen. Dies zeigt sich unter anderem auch darin, dass Bürgerbefragungen regelmäßig zu einem völlig anderen Ergebnis kommen. Was passiert also, wenn ein völlig unsinniges und dem Wohl des Bürgers nicht dienliches Gesetz verabschiedet wird und alle Bürger sich daran halten müssen? Wenn ein oder mehrere völlig absurde Gesetze geschaffen werden, die in der Folge nicht vom Volk befolgt werden, machen sich diese Bürger strafbar. Kann also ein Staat ehemals unbescholtene Bürger kriminalisieren über die Einführung erkennbar unsinniger Gesetze?



Was wäre wenn die Menschen sich ausschließlich vom NATURRECHT leiten lassen würden?

Dem Naturrecht liegt die Überzeugung zugrunde, dass die Normen des menschlichen Zusammenlebens durch die Natur des Menschen begründet werden können und müssen. Dieses umfasst sowohl unstrittige Rechtsgrundlagen als auch die Vorstellung, jeder Mensch sei „von Natur aus“ (also nicht durch Konvention) mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet – unabhängig von Geschlecht, Alter, Ort, Staatszugehörigkeit oder der Zeit und der Staatsform, in der er lebt. Natur wird dabei als Merkmal des „Wesens“ des Menschen verstanden, nicht etwa als „Rechte der Natur“ im naturethischen Sinne. Insoweit ist die Naturrechtsidee eng mit der Idee der Menschenrechte verbunden. Die Naturrechte werden demnach als vor- und überstaatliche „ewige“ Rechte angesehen.



Naturrecht als Grundlage für ein friedliches und gerechtes Zusammenleben?

Das Naturrecht sagt, dass es etwas gibt, was von Natur aus recht ist. Es unterscheidet sich vom durch Menschen gesetzten sogenannten positiven Recht dadurch, dass es dem Menschen allein schon deshalb zusteht, weil er Mensch ist, und dass es durch keinen Machthaber oder wie auch immer gearteten Mehrheitsbeschluss geschaffen wird. Es ist daher vorstaatliches Recht. Das heißt, die Gesetze eines Staates müssen sich kritisch am Naturrecht messen lassen. Das Wissen darüber, was von Natur aus recht ist, ermöglicht es, totalitären Ideologien und Diktaturen von einem festen mitmenschlichen Standpunkt aus entgegenzutreten, ein Gefühl der Empörung gegen Unrecht und Unmenschlichkeit zu empfinden, auch wenn eventuell die ganze Gesellschaft einem Diktator zjubelt. Zitat: *Mut zur Ethik* 1997

Russland kehrt zur Goldgedeckten Währung zurück!

Die russische Zentralbank hat offiziell bekannt gegeben, dass die russische Währung Rubel ab dem 28. März 2022 an Gold gebunden ist. Der Kurs beträgt 5.000 Rubel pro Gramm Gold.



Schock für die USA und EU - Was bedeutet das?

Die russische Zentralbank hat offiziell bekannt gegeben, dass die russische Währung Rubel ab dem 28. März 2022 an Gold gebunden ist. Der Kurs beträgt 5.000 Rubel pro Gramm Goldbarren. Eine Unze besteht aus 28 Gramm. 28 Gramm mal 5.000 Rubel pro Gramm sind 140.000 Rubel. Der Umrechnungskurs von Rubel zu US-Dollar beträgt 100 Rubel und 90 Kopeken, für jeden US-Dollar. Wenn Rubel zu 5000 Rubel pro Gramm an Gold gebunden sind und es 28 Gramm pro Unze gibt, was bedeutet, dass eine Unze Gold 140.000 Rubel kosten würde, dann bedeutet die Umrechnung in US-Dollar, das Gold in Rubel 1.400 Dollar pro Unze kostet, anstatt 1.928 Dollar pro Unze in Dollar wie z.Z. Russland hat damit weltweit etwa dreißig Prozent (30%) des Wertes des US-Dollars in Bezug auf Goldbarren eliminiert wenn zukünftig die Russen auf Zahlungen in Rubel bestehen sollten.

Schlimmer noch, weil Russland sein Öl und Gas nur noch in Rubel verkaufen will und Rubel jetzt auf 5.000 Rubel pro Gramm festgelegt ist, muss jeder, der Öl oder Gas kaufen möchte, entweder in Rubel oder in Gold bezahlen. Wer das ablehnt so wie aktuell die G7 Staaten der muss dann zusehen woher er sein Öl und Gas beziehen kann. China jedenfalls scheint bereit zu sein zukünftig in Rubel zu bezahlen. Menschen auf der ganzen Welt werden ihr Geld dann auf den Rubel setzen und dafür Dollars und Euros abwerfen.

Wenn also zukünftig der Rubel an einem exakten Goldgegenwert gekoppelt ist dann dürfte der US- Dollar und der EU- Euro zu einer zweitklassigen Schrottwährung verkommen die dann niemand mehr haben will. Das dürfte also mit ziemlicher Sicherheit dazu führen das Banker auf der ganzen Welt in große Panik geraten und dann mit Staatsoberhäuptern telefonieren und sie wissen lassen, dass das, was Russland macht, sowohl den US-Dollar als auch den EURO extrem beschädigen würde. Gegen diese Bedrohung der westlichen Staatsfinanzen wirkt der Ukraine Konflikt geradezu untergeordnet. Es könnte also jetzt höchst brisant für den Rest der Welt werden.



Anhörung im Gesundheitsausschuss am 14. März 2022 zeigt wie wahnhaft eine Impfpflicht wäre!

60 Datenanalysten haben die aktuellsten Daten des InEK ausgewertet. Das InEK ist das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus. Bei der Befragung des Experten erläuterte dieser die nachfolgenden Zahlen:

Rückgang der Krankenhausbelegung von 2019 bis 2021 um 2,5 Millionen Fälle pro Jahr. Das bedeutet, dass in den Pandemiejahren 2020 und 2021 5 Millionen Patienten weniger in den deutschen Krankenhäusern behandelt wurden.

Im Jahr 2020 gab es insgesamt 16,7 Millionen Fälle in den Krankenhäusern. Davon waren 111.000 Corona Patienten, das entspricht einer Quote von 0,67%. Im Jahr 2021 gab es 16,66 Millionen Fälle in den Krankenhäusern. Davon waren 276.000 Corona Patienten, das entspricht einer Quote von 1,68%

Das bedeutet das zwischen 98,32% und 99,33% der Deutschen mit dieser „Pandemie“ nichts zu tun hatten, zumindest nicht erschwerte Fälle im Krankenhaus. Diese Hospitalisierungsquote entspricht der einer saisonalen Grippewelle. Die außerdem ausgewerteten Krankenkassendaten zeigten folgendes Bild:

Arbeitsunfähigkeiten nach einer erfolgten Corona Impfung ergab eine Steigerung der Arbeitsunfähigkeitstage um das 100-fache im Rahmen von Impfnebenwirkungen. Für das Jahr 2021 Quartal 1 bis Quartal 3 beläuft sich das auf 383.170 Tage an AU. Davon waren 23.000 schwerwiegende Fälle von Impfnebenwirkungen und gleichzeitiger Hospitalisierung sowie 3.000 Fälle von schwersten Impfnebenwirkungen mit Hospitalisierung der

betroffenen auf Intensivstationen. Alleine schon diese offiziellen Zahlen (wobei sogar das PEI davon ausgeht das lediglich 5% überhaupt gemeldet werden) zeigen vollkommen eindeutig dass die Impfungen höchst riskant und mit deutlich zu vielen Nebenwirkungen behaftet sind.

Alleine auf dieser Datenlage, wobei es noch deutlich mehr Daten gibt, wäre eine Impfpflicht höchst eine „vorsätzlich schwerste Körperverletzung“ und sogar auch „vorsätzlicher Totschlag“! (Meinung der Newsletter Redaktion)

Wer den Covid- Impfstoff erhält, kann KEINE volle Immunität erreichen? UK Statistiken enthüllt Information

Die britische Regierung hat enthüllt, dass man nach einer „Impfung“ wahrscheinlich nie wieder eine vollständige natürliche Immunität erlangen kann.

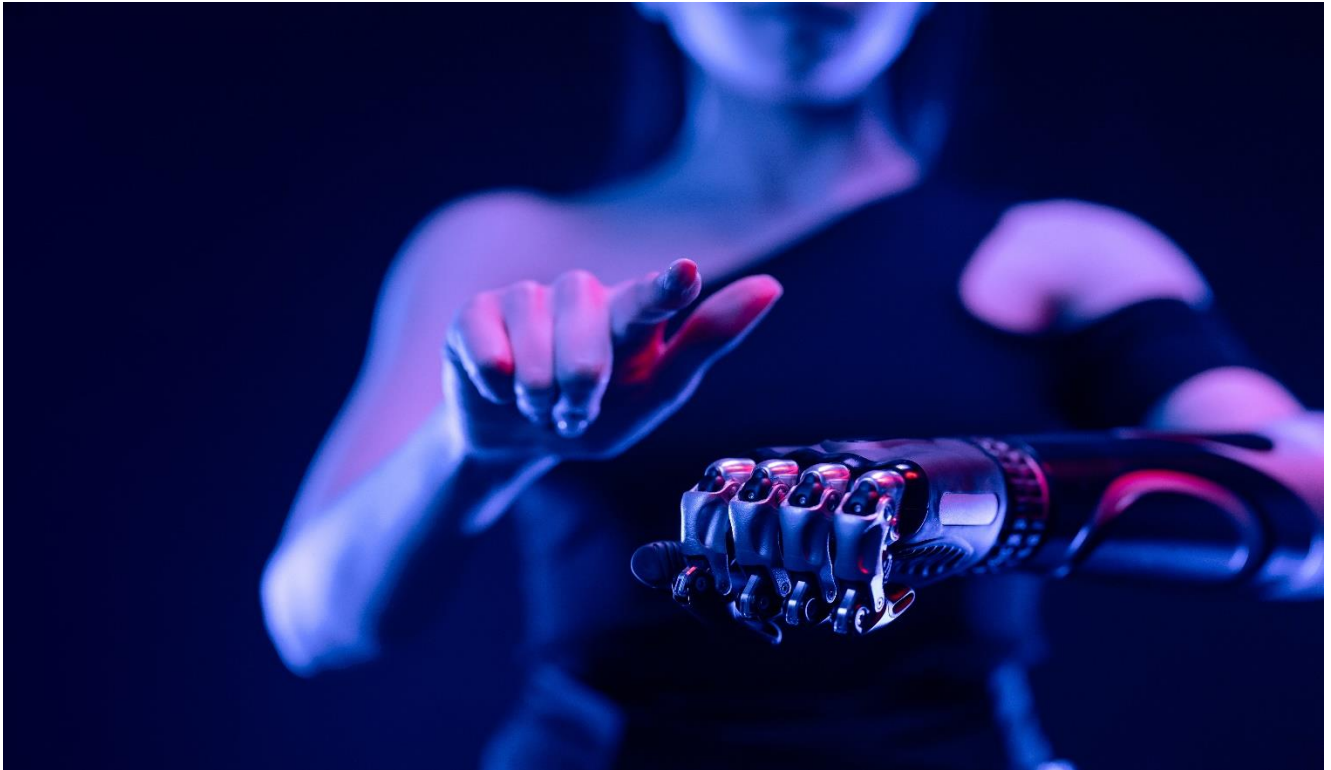


In dem COVID-19-Impfstoff-Überwachungsbericht, der 42. Woche räumt die britische Gesundheitsbehörde auf Seite 23 ein, dass „die N-Antikörperspiegel bei Personen, die sich nach zwei Impfdosen infizieren, niedriger zu sein scheinen“. Weiter heißt es, dass dieser Antikörperabfall im Grunde dauerhaft ist. „Was hat das zu bedeuten? Mehrere Dinge und alle schlecht“, schreibt Alex Berenson. Wir wissen, dass die Impfstoffe die Infektion oder die Übertragung des Virus nicht verhindern (tatsächlich zeigt der Bericht an anderer Stelle, dass geimpfte Erwachsene jetzt mit viel höheren Raten infiziert werden als ungeimpfte).

„Was die Briten sagen ist, dass sie jetzt herausgefunden haben, dass der Impfstoff die körpereigene Fähigkeit beeinträchtigt, nach der Infektion Antikörper nicht nur gegen das Spike-Protein, sondern auch gegen andere Teile des Virus zu produzieren. Insbesondere scheinen geimpfte Menschen keine Antikörper gegen das Nukleokapsidprotein, die Hülle des Virus, zu produzieren, die bei ungeimpften Menschen ein entscheidender Teil der Reaktion sind.“

Was wäre wenn wir bereits in einer Autoritären Demokratie leben?

Der Herausgeber der Berliner Zeitung Michael Maier nannte wesentliche Kennzeichen, die autoritäre Systeme von einer auf Gewaltenteilung basierenden freiheitlichen Demokratie unterscheiden:



„Autoritäre Systeme können über Nacht Maßnahmen verordnen. Sie können die Bürgerrechte nach Belieben einschränken. Polizei- und Überwachungsstaat ersticken Widerstand im Keim. Andersdenkende oder Kritiker werden mundtot gemacht, verschwinden von der Bildfläche – über Nacht. Denunziation ist der Kitt, der Unrechtssysteme im Innersten zusammenhält.

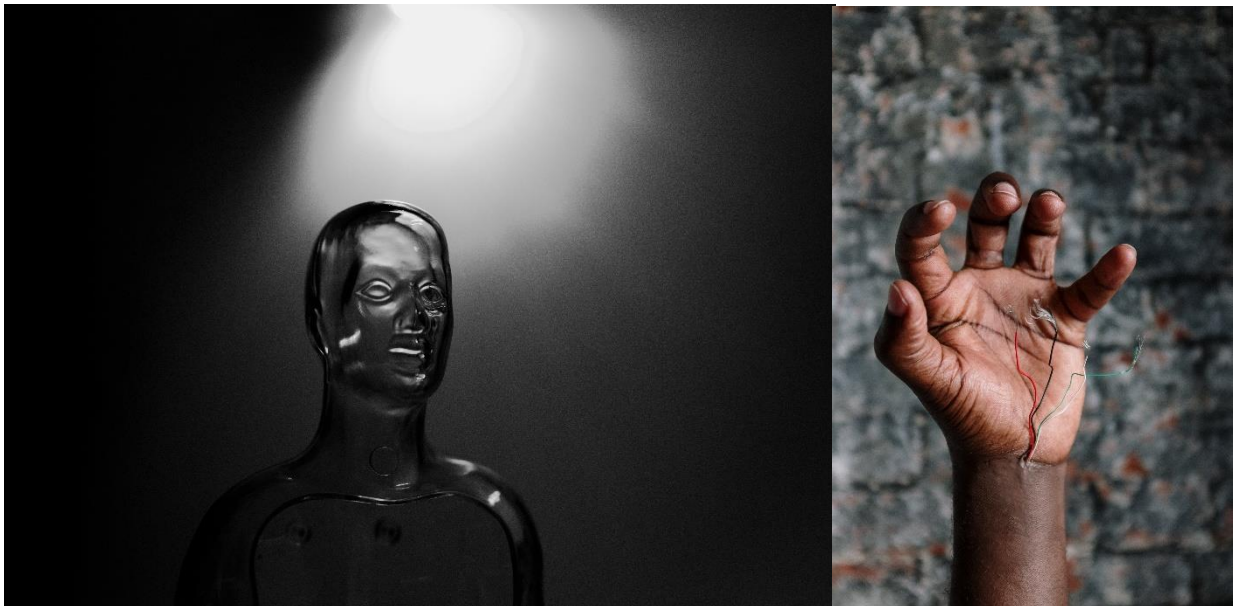
Bürokratische Schikanen nötigen die Bürger zum Wohlverhalten. Um sich selbst nicht zu gefährden, misstrauen die Bürger einander und verraten sich gegenseitig. Mitbestimmung, Expertise und Parlamentarismus werden als Fassaden aufrechterhalten. Eine unabhängige Justiz gibt es nicht. Zensur findet statt. Die Würde des Menschen ist eine Frage von Gunst und Willkür. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Entscheidung über Krieg und Frieden ist den Interessen von kleinen Cliquen untergeordnet. Die Macht der Herrschenden ist unantastbar. Der Wille der Machthaber ist unberechenbar.

Die Missachtung von kleinsten Vorschriften kann gravierende Folgen haben. Die Vorschriften ändern sich oft über Nacht, manchmal sogar im Nachhinein.“ Er betonte, es sei in Europa „viel zu verlieren“ und sprach von einer Belastungsprobe des europäischen Systems, welches – im Zuge einer schleichenden „globalen Angleichung“ – zunehmend Symptome einer „Anarchie von oben“ zeige. Zitat: Wikipedia

Erste Umsetzungen des „Great Reset“ in der Ukraine mit digitaler App

Die Digitalisierung wurde im vergangenen Jahr zum Leitthema und zur staatlichen Priorität in der Ukraine. Das Ministerium für digitale Transformation der Ukraine machte es zu seinem Ziel, die Ukraine zu einem der Digital Leaders der Welt zu entwickeln. Die Ukrainer sind bereits die ersten, die digitale IDs ohne Einschränkungen innerhalb des Landes verwenden können!

Die Smartphone-Anwendung Diia 2.0 ermöglicht Ukrainern den Zugang zu 9 digitalen Dokumenten insgesamt. Seit kurzem ist die Ukraine zum ersten Land mit einer durchgängig gültigen digitalen ID geworden, die überall im Land verwendet werden kann! Und alle digitalen Dokumente in Diia haben jetzt die gleiche Rechtskraft wie ihre Plastik- oder Papierausfertigungen. Mit der Diia-App können Ukrainer auch digitale Kopien der Dokumente teilen und Schulden oder Bußgelder bezahlen. Die im Jahr 2020 eingeführte Diia-App ermöglicht es ukrainischen Bürgern, digitale Dokumente auf ihren Smartphones anstelle von physischen Dokumenten zu Identifikations- und Freigabezwecken zu verwenden. Das Diia-Portal ermöglicht den Zugriff auf über 50 Regierungsdienste. Schließlich plant die Regierung alle Arten von Interaktionen zwischen Staat und Person über Diia verfügbar zu machen.



Diia wurde erstmals am 27. September 2019 vom Ministerium für digitale Transformation der Ukraine als Marke des Staates in einem Smartphone-Projekt vorgestellt. Am 6. Februar 2020 wurde die mobile App Diia offiziell gelauncht. Während der Präsentation sagte der ukrainische Präsident Volodymyr Selenskyj, dass 9 Millionen Ukrainer jetzt Zugriff auf ihren Führerschein und ihre Autozulassungsdokumente in ihren Telefonen haben, während Premierminister Oleksiy Honcharuk die Implementierung des Staates in ein Smartphone-Projekt als Priorität für die Regierung bezeichnete. Im April 2020 verabschiedete die ukrainische Regierung einen Beschluss zur experimentellen Verwendung digitaler ID-Karten und Pässe, die allen Ukrainern über die Diia ausgestellt würden. *Zitat: Wikipedia*

Werden deutsche Regierungen unter Druck gesetzt und warum existiert die Feindstaatenklausel?

Bekanntlich fehlt derzeit immer noch ein Friedensvertrag und das seit 1945 wie ja auch einige Politiker immer mal wieder angemerkt haben. Warum existiert stattdessen immer noch gegen Deutschland eine Feindstaatenklausel in der Charta der UN? Diese Klausel soll angeblich „obsolet“ sein aber warum streicht man sie dann nicht einfach? Könnte es also so sein, dass die deutsche Politik weitaus mehr unter Druck und dem Einfluss anderer Nationen wie z.B. der USA steht als die Bürger ahnen?

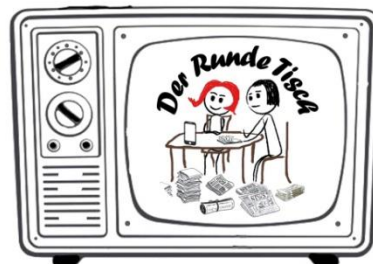
Denn anders kann man diese unangenehme Unterwürfigkeit Deutscher Politiker gegenüber Washington nicht erklären. Als immerhin drittgrößte Exportnation der Welt und nur knapp hinter den USA sollte man eigentlich ein anderes Selbstverständnis erwarten können. Also welche Regelungen und Vereinbarungen könnten existieren, von der die Bevölkerung nichts wissen darf oder soll?

Wenn diese Annahme Blödsinn sein sollte, warum haben dann deutsche Politiker immer mal wieder Bemerkungen von sich gegeben die Zweifel aufkommen lassen sagte im Jahr 2011 sagte der ehem. Bundestagspräsident und langjährige Abgeordnete und Minister Wolfgang Schäuble folgendes Zitat: „*Und Wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.*“

Was verschweigen uns die Politiker und was hat es mit der sog. „Kanzlerakte“ auf sich. Wenn es sie denn gibt, worauf Willy Brand schon hinwies, dann stellt sich doch die Frage...was steht darin und welche Anweisungen hat die deutsche Politik zu befolgen?

Der Runde Tisch übernimmt keinerlei Haftung für mögliche Fehler, Irrtümer oder falsche Behauptungen in den obigen Artikeln! Die Artikel erheben auch nicht den Anspruch der absoluten Richtigkeit, sondern sie stellen lediglich eine persönliche Meinung dar. Durch die Artikel soll weder jemand beleidigt, aufgehetzt noch zu irgendeiner Handlung animiert werden!

In eigener Sache



Der Runde Tisch

erscheint jeweils Freitag ab 18:00 und behandelt verschiedene Themen rund um die Corona Plandemie aber auch andere Themen über die nicht berichtet wird. Wir erheben nicht den Anspruch der absoluten Wahrheit sondern wir teilen lediglich unsere eigene Meinung mit.



Runde Tisch ON TOUR

Hin und wieder berichten wir davon wie die Situation zur Plandemie in anderen Ländern ist. Außerdem berichten wir auch von Demos und sonstige Protestaktionen.



Runde Tisch Interview

Von Zeit zu Zeit interviewen wir interessante Menschen die sich aktiv einsetzen und zur Aufklärung beitragen.

Wer uns unterstützen möchte mit Rat und Tat ist herzlich willkommen!

Wir möchten auch zukünftig komplett auf Spenden oder andere Zuwendungen verzichten solange wir uns das leisten können. Zurzeit sind wir noch in der Lage unsere Kosten alleine zu bestreiten um Euch zu informieren im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten.

Das soll aber keineswegs bedeuten, dass wir die freien und unabhängigen Journalisten, Magazine und Plattformen nicht sehr zu schätzen wissen. Selbstverständlich müssen diese Journalisten sich finanzieren und das geht über Spenden und freie Beiträge sowie sonstige Zuwendungen auf jeden Fall erheblich besser und auch gerechter als die staatliche Zwangsabgabe (ehemals GEZ). Diese Zwangsabgaben sind aus unserer Sicht nichts anderes als eine „Zwangsfinanzierung“ staatlich kontrollierter und inhaltlich in keinster Weise unabhängiger Medien.

Wie könnt ihr uns also unterstützen?

- Wer Interesse hat selber hier Artikel für diesen Newsletter zu schreiben kann diese sehr gerne tun, wir würden uns über Eure Beiträge sehr freuen!
- Wer gut mit einer Fotokamera oder auch Filmkamera umgehen kann könnte uns bei bestimmten Gelegenheiten ebenfalls behilflich sein.
- Wir suchen auch immer wieder Leute die Videos schneiden und auch bearbeiten können so z.B. mit Einblendungen, Textunterlegungen usw.
- Wenn wir ON TOUR unterwegs sind, brauchen wir Leute vor Ort mit Ortskenntnis, die für uns auch bestimmte Kontakte knüpfen können.
- Wir sind immer dankbar für zuverlässige Informationen und Quellen zu bestimmten Sachverhalten. Wir brauchen eure Augen und Ohren vor Ort.
- Sach- und Fachkenntnis zu bestimmten Themen wie Medizin, Forschung, Staatsrecht um nur einige Beispiele zu nennen wären sehr hilfreich.



So könnt Ihr mit uns Kontakt aufnehmen:

Email: der-runde-tisch@mail.de Telefon: 0203- 7388014 Fax:0203- 7388015